Bericht im GR 2022-01-26

Zur aktuellen a) Corona-Situation und
b) zur aktuellen Flüchtlingssituation

a) Die Corona-Situation hat sich leider in den letzten Wochen verschlechtert. Die steigenden Inzidenz-Zahlen scheinen zwar für die Kliniken noch nicht einen kritischen Punkt erreicht haben. Aber für die Verwaltung bringt diese Erhöhung der Infektionszahlen einen erheblichen Anstieg der Arbeitsanforderungen mit sich. Die gilt vor allem für die Fachbereiche BKG und BRS.

Im Fachbereich BKG fallen folgende zusätzliche Tätigkeiten an:

- Einrichtung von Notfallbetreuungen in den KITAS
- Durchführung von Quarantänemaßnahmen
- Umsetzung der Testpflicht für Schul- und Kita-Kinder,
- Abwicklung vielfältiger Soforthilfeprogramme (= RLT-Anlagen, CO 2-Ampeln
- der Spitzabrechnung von Elternentgelten“
- Kompensation des Gesundheitsamtes,
- Beantwortung von unzähligen Eltern- und Schulleiteranfragen
- Umsetzung zahlreicher Corona-Bestimmungen in den Bereichen Sport, Kultur, Veranstaltungs- und Vereinswesen

Tagein, tagaus werden hierzu Entscheidungen – incl. an Wochenenden – mit großer Verantwortung getroffen und die zur Bewältigung der Pandemie erforderlichen Maßnahmen gemanagt. Diese Situation lässt sich nicht mehr „so nebenher“ bewerkstelligen und ist für die Mitarbeiter zunehmend kräftezehrend; zumal sich auch derzeit eine sehr besorgniserregende Corona-Lage abzeichnet und damit verbundene Personalausfälle zu kompensieren sind. Und eine Besserung der Gesamtlage ist leider nicht in Sicht; ganz im Gegenteil – in den

Bildungseinrichtungen müssen wir mit zunehmenden Betriebseinschränkungen rechnen.

Im Fachbereich BRS fallen folgende zusätzliche Tätigkeiten an:

- Täglich gibt es neue Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zum Umgang mit der Corona-Situation. Allein von der CoronaVO gibt es seit Beginn der Coronakrise 52 Fassungen. Nicht mitgezählt sind die Ausführungsverordnungen des Landes. Des Weiteren gibt es Verordnungen des Bundes und Regelungen des RKI, die einer ebenso großen Änderungsdynamik unterlagen und unterliegen. Die Rechtslage ist tagesaktuell auszuwerten, was einen erheblichen Arbeitsaufwand darstellt.
- Das Ordnungsamt erteilt Auskünfte zu den Coronaregeln, insbesondere in den Bereichen der für den Einzelhandel geltenden Regeln, der Quarantäne und dem Verdienstaufschlag in der Quarantäne.
- Es werden Absonderungsbescheinigungen ausgestellt (Dez: 105; bis 24.Jan: 80).
- Die Liste der Infizierten und der Kontaktpersonen wird tagesaktuell geführt (Resourceboard). Die Nachfragen in diesem Bereich sind erheblich, da es sowohl um Quarantäne, als auch um die Konsequenzen für Familienangehörige und Kontaktpersonen geht (Zahl der Infizierten und der Kontaktpersonen: Dez: 554; bis 24.Jan: 677). Hinzu kommt, dass hier im Laufe der Zeit immer mehr Aufgaben des Gesundheitsamts übernommen wurden. Mittlerweile steht das Gesundheitsamt den Betroffenen nur noch in Ausnahmefällen zur Verfügung.
- Die Einreisenden werden erfasst. Auch hier besteht oft Beratungsbedarf (Dez: nicht mehr einsehbar; bis 24.Jan: 278).
- Überprüfung der Einhaltung der Corona-Regeln im öffentlichen Bereich
- Kontrolle von Quarantäne-Maßnahmen
- Regelmäßige Begleitung von Corona-Kundgebungen

b) Durch die Ankündigung des Landkreises Rastatt müssen wir mit einem vermehrten Unterbringungsbedarf für Geflüchtete rechnen /

Im Fachbereich BKG fallen folgende zusätzliche Tätigkeiten an:

- Vorbereitung zur Einrichtung von zusätzlichen Betreuungsgruppen in den KITAS
- Vorbereitung zusätzlicher VKL-Klassen in den Schulen
- Betreuung von Flüchtlingsfamilien
- Betreuung und Begleitung der Unterstützerguppen

Im Fachbereich BRS fallen folgende zusätzliche Tätigkeiten an:

- Die Unterbringung von bereits jetzt zusätzlich kommender Geflüchteter, oftmals schon einen Tag nach der Ankündigung. Dies umfasst das Herrichten der Zimmer inklusive der Möblierung, der Kücheneinrichtung und der Bettwäsche (Dez: 18 Personen; bis 24.Jan: 1 Person).
- Versorgung dieser Flüchtlinge mit dem Notwendigsten, zum Teil in Kooperation mit der Tafel.
- Vermittlung zur Sozialbetreuung, beim ersten Kontakt werden die Personen begleitet, da sich die neu Ankommenden noch nicht auskennen.
- Erlass der förmlichen Einweisungsverfügung für Flüchtlinge.
- Suche nach zusätzlichen Unterbringungskapazitäten
- Regelmäßige Besprechungen und Meetings mit dem Landratsamt
- Änderungen und Umzüge im Bereich der Obdachlosenunterbringung